

Schon zu viele nahmen die Rentenstrafe mit ins Grab

Horst Parton, Vorsitzender der ISOR e.V. und
Vizepräsident des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden (OKV)

Im 20. Jahr des als Wiedervereinigung gefeierten Anschlusses der DDR an die BRD ist Deutschland noch immer tief gespalten. So sind nach einer im Juni 2010 veröffentlichten Studie 90 Prozent der Ostdeutschen der Ansicht, im Zuge dessen vom Westen übervorteilt worden zu sein. 57 Prozent der Befragten stimmten der Aussage zu: »Gerechtigkeit und Kapitalismus schließen sich aus.« Gegen eine Gleichsetzung der DDR mit der Nazidiktatur wehren sich rund drei Viertel der Bürger in den neuen Ländern.

Wohl auch deshalb sehen sich antikommunistische Eiferer veranlasst, ihr Feindbild DDR immer wieder neu zu beschwören und Ausgrenzung, Diffamierung und Diskriminierung ehemals staatsnaher DDR-Bürger um jeden Preis aufrecht zu erhalten. Nach dem weitgehenden Scheitern der oftmals mit Rechtsbeugung verbundenen strafrechtlichen Abrechnung ist die soziale Abstrafung mit Hilfe des Rentenrechts die für die Betroffenen folgenschwerste Beeinträchtigung. Seit 1991 führt ISOR gemeinsam mit anderen sozialen Verbänden und Vereinen den juristischen und politischen Kampf gegen diese grundgesetzwidrigen Machenschaften.

Wir fordern die Herstellung der Wertneutralität des Rentenrechts entsprechend der Praxis der Rentengesetzgebung in Deutschland seit Bismarck, die nur von den Nazis gegenüber Juden und Einwohnern besetzter Gebiete außer Kraft gesetzt worden war.

Unter zahlreichen anderen Ungerechtigkeiten und Unvollkommenheiten bei der Überführung von Renten- und Versorgungsansprüchen aus DDR-Zeiten in die Rentenversicherung der BRD ist das Rentenstrafrecht der gravierendste Eingriff in die unter dem Eigentumsschutz des Grundgesetzes stehenden Rentenansprüche und ein eklatanter Verstoß gegen das Gleichheitsgebot des Grundgesetzes.

Durch Urteile des Bundesverfassungsgerichtes wurde das Rentenstrafrecht zwischenzeitlich für eine größere Personengruppe aufgehoben und das zunächst auf 70 Prozent eines DDR-Durchschnittseinkommens reduzierte anrechnungsfähige Einkommen im MfS auf das

Durchschnittseinkommen angehoben. Motiv hierfür war auch, das Heer der Sozialhilfeempfänger und die damit verbunden finanziellen Belastungen nicht weiter zu vergrößern.

Betroffen vom Rentenstrafrecht sind derzeit noch die ehemaligen Angehörigen des MfS sowie eine etwa 4.000 Personen umfassende Gruppe von Partei- und Staatsfunktionären, denen ein Weisungsrecht gegenüber dem MfS unterstellt wird. Für sie wird das Rentenstrafrecht damit begründet, dass ein »Wertungswiderspruch« entstände, wenn die rentenrechtliche Abstrafung auf das MfS eingeeengt würde.

Der Buhmann bleibt also das MfS, in dem angeblich nicht durch Arbeit und Leistung gerechtfertigte überhöhte Einkommen erreicht worden seien. Dabei wird ausgeblendet, dass durch die Überführung der Sonderversorgungssysteme der bewaffneten Organe der DDR in die allgemeine Rentenversicherung auch Beitragsbemessungsgrenzen angewendet wurden, die entsprechende Rentenzahlungen für hohe Einkommen trotz dafür eingezahlter Beiträge ausschließen. Eine Kürzung wurde auch damit gerechtfertigt, dass die Einkommen des MfS Ergebnis einer »Selbstprivilegierung« gewesen und nicht überprüfbar seien.

Weder Gerichte noch der Gesetzgeber sahen sich veranlasst, eigene Untersuchungen anzustellen, obwohl sie im Besitz der dafür maßgeblichen Unterlagen waren bzw. Zugang zu ihnen hatten oder jederzeit erhalten konnten. Erst nach Erlass des Informationsfreiheitsgesetzes Anfang 2007 hatten mit über 20.000 Unterschriften gestützte Initiativen der ISOR zur Erzwungung des Zugangs und zur Auswertung solcher Unterlagen einen bemerkenswerten Erfolg. Die tragenden Begründungen für das Rentenstrafrecht konnten somit auf der Grundlage amtlicher Daten und Dokumente widerlegt werden. Die Einkommensverhältnisse im MfS wurden geklärt und den Einkommen in der NVA und dem Mdl gegenübergestellt. Es wurde nachgewiesen, dass im MfS analoge Ordnungen und Strukturen der Besoldung galten, wie in den anderen bewaffneten Organen und dass politische

Entscheidungen der SED- und Staatsführung dafür bestimmend waren. In allen bewaffneten Organen wurde ein überdurchschnittliches Einkommen erzielt und es bestand ein relativ geringer Einkommensvorsprung des MfS gegenüber NVA und Mdl. Dazu bedurfte es keiner »Selbstprivilegierung«. Wohl überall in der Welt werden vermutlich Geheimdienstoffiziere besser bezahlt als Armeeingehörige und diese wiederum besser als der Durchschnitt der Bevölkerung. Etwa eine halbe Million DDR-Bürger hatte trotzdem ein gleiches oder sogar höheres Durchschnittseinkommen als die Mitarbeiter des MfS.

Die Erregung über angeblich zu hohe Einkommen im MfS (1988: 59 % über dem DDR-Durchschnitt) wird vollends zur Heuchelei, wenn man bedenkt, dass in der BRD manche Manager das 500-fache eines Durchschnittseinkommens erreichen oder wenn die monatlichen Durchschnittspensionen von ca. 2.500 EURO (lt. Bundesminister Schäuble) mit den entsprechenden Durchschnittsrenten 2010 von 1091 EURO im Westen und 969 EURO im Osten verglichen werden. Selbst erreichbare Höchstrenten liegen damit deutlich unter den durchschnittlich gezahlten Pensionen.

Eine von ISOR 2009 verfasste Petition gegen das Rentenstrafrecht fand insgesamt mehr als 73.500 Unterstützer, keineswegs nur ehemalige Mitarbeiter des MfS, und wurde am 29. Januar 2010 dem Petitionsausschuss des Bundestages überreicht. Die hohe Zahl der gesammelten Unterschriften ist auch insofern beachtlich, weil manche potenzielle Unterstützer und selbst unmittelbar Betroffene aus Angst vor möglichen Repressalien für sich und Familienmitglieder ihre Unterschrift verweigerten. Das Vertrauen in die viel beschworene Freiheit und den Datenschutz scheint also doch begrenzt zu sein.

Zähflüssig gestaltet sich auch die juristische Auseinandersetzung. Seit Anfang 2008 liegt dem Bundesverfassungsgericht ein Vorlagebeschluss zu § 6 (2) des Gesetzes zur Überführung der Ansprüche und Anwartschaften aus Zusatz- und Sonderversorgungssystemen des Beitrittsgebiets (Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz – AAÜG) vor. Dabei geht es um die Aufhebung der Strafrenten für die angeblichen Weisungsberechtigten gegenüber dem MfS. Der Termin einer Entscheidung ist noch nicht abzusehen.

Dem Bundessozialgericht liegen drei Revisionen zum § 7 AAÜG (Kürzung der MfS-Renten) vor. Auch diese werden wohl letztendlich beim Bundesverfassungsgericht landen.

ISOR vertraut darauf, dass das Bundesverfassungsgericht souverän und unabhängig entscheidet und sich allein vom Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland leiten lässt. Gleichwohl kann nicht vorausgesagt werden, wie das Bundesverfassungsgericht im konkreten Fall befindet. Selbst wenn es zugunsten der Kläger entscheidet, wird die Umsetzung noch längere Zeit in Anspruch nehmen.

➤➤➤ Fortsetzung von Seite 1

Die Herausforderung oder Verhinderung einer gerechten Lösung funktioniert als wohlfeiles »Sparmodell« der Bundesregierung zu Lasten der Betroffenen. Es wäre nicht das erste Mal. Man denke nur an die unendliche Geschichte der Entschädigung der Zwangsarbeiter, an die Behandlung der Wehrmachtsdeserteure und und und ... Erst nachdem die Zahl der Betroffenen biologisch auf ein Minimum reduziert war, kam es zu Regelungen, die am Ende aus der Porto-Kasse beglichen werden konnten.

Seit Vereinsgründung sind ca. 10.000 Mitglieder verstorben, darunter rund 7.000 ehemalige Angehörige des MfS, die Rentengerechtigkeit nicht mehr erleben können. Das Durchschnittsalter der Mitglieder von ISOR liegt bei etwa 70 Jahren, das älteste Mitglied ist 106 Jahre alt. Monat für Monat veröffentlicht das Mitteilungsblatt von ISOR Traueranzeigen für bis zu 60 Verstorbenen.

Dabei repräsentiert ISOR nur einen Teil der vom Rentenstrafrecht Betroffenen, zu denen auch anspruchsberechtigte Hinterbliebene gehören. Es kann davon ausgegangen werden, dass bereits zum jetzigen Zeitpunkt Zehntausende bis zu ihrem Lebensende bzw. bei Waisen und Halbwaisen bis zur Erreichung des Höchstalters von 27 Jahren um die ihnen zustehende Rente betrogen und mit einer deutlich verringerten Zahlung abgespeist werden.

Diskriminiert werden vor allem jene, die mit längeren Dienstzeiten die besten Jahre ihres

Lebens in den Dienst des Schutzes der DDR gestellt haben.

Das Durchschnittsalter im MfS lag 1989 bei ca. 35 Jahren. Wer als 20-Jähriger 1950 Mitarbeiter des MfS mit einer fast 40-jährigen Dienstzeit wurde, ist heute 80 Jahre alt, ein 1989 50-Jähriger mit einer Dienstzeit von 30 Dienstjahren hat das 70. Lebensjahr bereits überschritten. Logischerweise wurden höhere Einkommen erst nach längeren Dienstzeiten erzielt, am Anfang vielfach noch nicht einmal das DDR-Durchschnittseinkommen. Die Hauptbetroffenen des Straffrentensystems sind also die heutigen Rentner und die rentennahen Jahrgänge.

Die Gerichte und der Gesetzgeber spielen also aus gutem Grund auf Zeit.

Während den Pleite-Banken innerhalb einer Woche unvorstellbare Geldsummen bewilligt wurden, während Milliarden für einen unsinnigen Krieg in Afghanistan ausgegeben werden, während eine überflüssige Bundesbehörde jährlich etwa 100 Millionen EURO verschlingt, wird bei Sozialleistungen immer wieder gespart. Das Grundgesetz wird negiert und Willkür im Rentenrecht zugelassen.

ISOR wird dagegen auch weiterhin – wie seit ihrer Gründung vor mehr als 19 Jahren – Widerstand organisieren und kann sich dabei auf die seit Jahren gewachsene Solidarität von politischen Kräften und sozialen Verbänden, Vereinen und Bündnissen stützen. ISOR steht aber ihrerseits auch solidarisch an der Seite aller gegen Renten- und Versorgungsunrecht und für soziale Gerechtigkeit Kämpfenden. □

Aus dem Antwortbrief des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages vom 9. Juni 2010:

»... zum Fortgang Ihres Petitionsverfahrens teile ich Ihnen Folgendes mit:

Nach § 109 Absatz 1 Satz 2 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages hat der Petitionsausschuss eine Stellungnahme des Fachausschusses einzuholen, wenn die Petition einen Gegenstand der Beratung dieses Fachausschusses betrifft.

Dementsprechend wurde der Ausschuss für Arbeit und Soziales, dem der Antrag der Fraktion DIE LINKE. (Korrektur der Überleitung von DDR-Alterssicherungen in bundesdeutsches Recht) zur federführenden Beratung vorliegt, zu der Problematik um Stellungnahme gebeten.

Ich bitte um Verständnis dafür, dass sich die Behandlung Ihrer Eingabe infolge dieses zwingend vorgeschriebenen Verfahrens verzögert. Es liegt aber letztlich in Ihrem Interesse, wenn der Petitionsausschuss sich bei seinen Entscheidungen die Erfahrungen und Erkenntnisse der Fachausschüsse zunutze machen kann.

Nach Abschluss dieses Verfahrens erhalten Sie unaufgefordert weitere Nachricht. ◀

Vierter Sozialgipfel in Mecklenburg-Vorpommern

Am 15. Juni fand in Schwerin der »4. Sozialgipfel Mecklenburg-Vorpommern« statt, an dem als Vertreter von ISOR unser Vorstandsmitglied Siegfried Felgner teilnahm. Über Verlauf und Ergebnisse veröffentlichten die Veranstalter, die Landesverbände Mecklenburg-Vorpommern von Volkssolidarität, VDK, SoVD und BRH nachfolgende Pressemitteilung:

Quo vadis Sozialstaat: Solidarische Demokratie oder spätkapitalistische Dekadenz?

Mit den Sparbeschlüssen zur Armutsbeschleunigung hat die Bundesregierung dem grundgesetzlichen Sozialstaatsgebot den Kampf angesagt. Die Kosten der Wirtschafts- und Finanzkrise sollen die kleinen Leute übernehmen. Die Profiteure und Produzenten der Krise bleiben unbelastet. An eine Anhebung des Spitzensteuersatzes, Vermögensteuer, wirksame Erbschaft- und Finanzmarktsteuer denkt die Re-

gierung gar nicht erst. Für die Gewinner der sozialen Polarisierung bei Einkommen und Vermögen gilt statt »spätrömischer« nun spätkapitalistische »Dekadenz« als Programm. Die Bevölkerung sollte sich diese Lobby-Politik für Besserverdienende und Hoteliers nicht länger gefallen lassen und solidarisch dagegen protestieren.

Durch den Wegfall der Zuschläge beim Übergang von ALG I zum ALG II fallen Arbeitslose nun direkt auf Hartz-IV-Niveau. Dies macht Beschäftigte und Erwerbslose noch erpressbarer für Leiharbeit und Niedriglohn. Die Abschaffung jeglicher rentenrechtlichen Absicherung für Langzeitarbeitslose ist ein Programm für noch mehr Altersarmut. Das Sparen bei Wiedereingliederungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit bedeutet für ältere oder gesundheitlich beeinträchtigte Arbeitslose, noch schwerer einen neuen Job zu finden als bisher. Mit der Streichung des Heizkostenzuschusses bei Wohngeldempfängern trifft die Regierung vor allem einkommensschwache Familien und ältere Menschen mit geringen Renten.

Wirklich skrupellos ist auch die vollständige Streichung des Elterngeldes für Familien in Hartz IV. Erhielten sie bis 2006 noch 24 Monate 300 Euro Erziehungsgeld, so bekamen sie seit der Einführung des Elterngeldes 2007 nur 12 bis 14 Monate 300 Euro. Mit dieser Kürzung konnte der Höchstbetrag für besserverdienende Eltern auf bis zu 1800 Euro angehoben werden. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Februar 2010 müssen bis zum Ende des Jahres die Regelsätze, insbesondere bei Kindern, bedarfsgerecht berechnet werden, wobei nicht nur physisches, sondern auch soziokulturelles Existenzminimum gewährleistet werden muss. In dieser Situation entscheidet die Bundesregierung, dass eine arbeitslose Familie im ersten Lebensjahr ihres Kindes pro Monat 300 Euro weniger als bisher erhält. Das ist einfach nur noch skandalös.

Die Oppositionsparteien, Gewerkschaften und Sozialverbände sind aufgerufen, diesen Sozialstaatsabbau im gemeinsamen Bündnis zu verhindern und solidarische Alternativen zu entwickeln. Deren Motto muss sein: Die Krisenkosten den Krisenverursachern und Krisengewinnern! □



Der Vorstand der TIG Chemnitz beschäftigte sich im ersten Quartal mit der Lage in der TIG. Dazu waren einzelne Gruppenbetreuer direkt einbezogen, die über ihre praktische Arbeit, die dabei gewonnenen Erfahrungen berichteten und hilfreiche Vorschläge für die Vereinsarbeit unterbreiteten.

Im Ergebnis dessen konnte festgestellt werden: Die personelle und organisatorische Arbeitsfähigkeit der TIG ist gewährleistet. Mehrere jüngere Mitglieder konnten für die Übernahme von Funktionen im Vorstand, als Mitglieder der Rechtsgruppe und als Gruppenbetreuer gewonnen werden. Zentrale Aufgaben, wie die Unterschriftenleistung zur Sammelpetition (hier hat eine Vereinsfreundin allein mehr als 500 Unterschriften beschafft), die Beantragung von Klage- oder Widerspruchsverfahren gegen Rentenbescheide, die Teilnahme an Protestaktionen anderer Vereine gegen Sozialabbau u.a., die ordnungsgemäße Einhaltung der Finanzordnung und nicht zuletzt die Aufrechterhaltung der zahlenmäßigen Stärke der TIG, wurden realisiert.

Zu verbessern bleibt die Betreuung der Mitglieder mit dem Ziel, die Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit in der TIG zu erhöhen.

Zur Auswertung der gewonnenen Erkenntnisse führte der Vorstand der TIG Chemnitz am 6. Mai 2010 eine Beratung mit Gruppenbetreuern durch, deren Ziel darin bestand, über die Situation in der TIG aktuell zu informieren und Maßnahmen für die weitere Arbeit, insbesondere zur weiteren Umsetzung der von der Vertreterversammlung im November 2009 verabschiedeten Entschliebung und der zur Beratung des Vorstandes von ISOR mit den Beiratsmitgliedern am 28.04.2010 gestellten Aufgaben, zu erläutern.

Als Gäste unserer Einladung waren Klaus Bartl, Stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Horst Eismann, Mitglied des Vorstandes und Landesbeauftragter Sachsens sowie TIG-Vorsitzende aus Kreisen des Regierungsbezirks Chemnitz gefolgt.

Interessant und für unsere Arbeit hilfreich waren die Ausführungen Klaus Bartls über Maßnahmen der Partei DIE LINKE für soziale Gerechtigkeit, gegen den weiteren Sozialabbau, für eine nachhaltige Friedenspolitik, gegen die Verleumdung der DDR und ihrer Bürger und zur Einhaltung der im Grundgesetz der BRD festgeschriebenen Rechte. Er stellte damit im Zusammenhang die Rolle und wachsende Bedeutung des außerparlamentarischen Kampfes als dringendes Erfordernis heraus. Dazu ist u.a. die Mitgliedschaft in Vereinen, Verbänden usw. stärker zu nutzen, um die berechtigten Forderungen massenhaft zu Gehör zu bringen. Dem Kampf unseres Vereines sagte Klaus Bartl die volle Unterstützung zu.

Horst Eismann informierte in seinem Beitrag über die Beratung des Vorstandes von ISOR mit den Beiratsmitgliedern vom 28.04.2010. Er begründete dabei die Alternativlosigkeit unseres Weges im politischen und juristischen Kampf gegen das Rentenunrecht. Das und die Tatsache, dass unsere Interessen durch das Anwaltsbüro Bleiberg seit Jahren sachkundig und mit Erfolg vertreten werden, ist jedem Mitglied unseres Vereines immer wieder bewusst zu machen. Das ist nicht zuletzt auch eine wesentliche Argumentation zur Gewinnung neuer Mitglieder.

Der Vorsitzende der TIG wertete die vorgenannte Lageeinschätzung aus und erläuterte daraus abzuleitende Aufgaben und Maßnahmen. Einige Maßnahmen daraus: Die Betreuung der Mitglieder ist durchgängiger zu gestalten. Dazu wird die Informationstätigkeit vom Vorstand zu den Mitgliedern, aber auch von den Mitgliedern zum Vorstand u.a. durch die Bildung einer Arbeitsgruppe »Öffentlichkeitsarbeit« verbessert. Die individuelle Mitgliederbetreuung durch persönliche Gespräche und durch das stärkere Eingehen auf Fragen, Anregungen usw. wird durch die Einbeziehung weiterer Vereinsfreunde verstärkt.

Neben der Rechtsgruppe werden wir eine Arbeitsgruppe »Soziales« bilden, die Ansprechpartner der Mitglieder in sozialen Angelegenheiten sein wird. Damit wollen wir nicht zuletzt unseren Beitrag als Mitglied des »Sozialpolitischen Netzwerkes« erhöhen, in dem wir dort konkrete Vorschläge für seniorenpolitische Belange auf kommunaler, Landes- und Bundesebene, einbringen.

Aus dem Mitgliederbestand werden zurzeit Vereinsfreunde für die Übernahme von Funktionen in der TIG ausgewählt. Damit wollen wir längerfristig Ersatz für Gruppenbetreuer schaffen, die aus gesundheitlichen oder Altersgründen perspektivisch die Aufgaben nicht mehr lösen können. Zudem sollen sie bereits jetzt einbezogen werden in die Mitgliederbetreuung.

Nicht zuletzt bleibt die Gewinnung von Mitgliedern ein Schwerpunkt unserer Arbeit. Aufbauend auf zurückliegende Erfahrungen wird der Vorstand Festlegungen treffen, wer durch wen persönlich angesprochen wird. **Peter Eichler**

★

In einer Mitgliederversammlung unserer TIG **Neustrelitz** im April dieses Jahres berichtete der Vorstand über die Ergebnisse der Arbeit in den vergangenen Jahren und es erfolgte die Neuwahl des Vorstandes.

In den einleitenden Worten charakterisierte der Vorsitzende die durch die Regierung herbeigeführte Situation, besonders im Bezug auf die Ausplünderung der Sozialsysteme. Die Politik und die herrschenden Massenmedien lassen nichts

»»» Fortsetzung auf Seite 4

Aus der Arbeit des Vorstandes:

Der Vorstand nahm einen Bericht des Landesbeauftragten für das Land Brandenburg, Gerd Röseberg, entgegen, der durch Harry Thomas speziell für den Raum Potsdam ergänzt wurde. Dabei wurden die guten Erfahrungen bei der Organisation von Beratungen mit TIG-Funktionären und bei der Durchführung von ISOR-Versammlungen gewürdigt.

Der Vorstand stimmte der realistischen Einschätzung zu, dass die Erhaltung der Mitgliederstärken der TIG Hauptziel bei der Werbung neuer Mitglieder bilden muss. Für die Perspektive könne auch die Zusammenlegung kleinerer TIG nicht ausgeschlossen werden.

★

Mit Empörung nahm der Vorstand zur Kenntnis, dass eines der ersten Vorhaben der neuen »Diktatur-Beauftragten« für Brandenburg, Ulrike Poppe, darin bestanden habe, öffentliche Aufträge an Firmen zu unterbinden, deren Geschäftsführer angeblich ehemals mit dem MfS verbunden gewesen sein sollen. (Das Vorhaben ist vorerst gescheitert, was aber die Rechtswidrigkeit dieses Vorgehens nicht weiter berührt.)

★

Der Vorsitzende der Revisionskommission, Manfred Krumbholz, erläuterte den Bericht über die Finanzrevision für das II. Halbjahr 2009. Dieser bestätigte erneut die ordnungsgemäße Führung der ISOR-Finzen. Dem Schatzmeister wurde Entlastung erteilt. Es wurde betont, dass die gründliche und regelmäßige Prüfung der Finanzen eine unerlässliche und wichtige Grundlage für die Vereinsarbeit darstellt und den für die Finanzen zuständigen Funktionären den notwendigen Rückhalt und Sicherheit in ihrer Arbeit gibt.

★

Mitglieder des Vorstands beteiligten sich auf Einladung der Veranstalter an mehreren bedeutsamen wissenschaftlichen Beratungen und Fachtagungen, darunter eine Anhörung der Fraktion der Partei DIE Linke im Deutschen Bundestag zum Thema »Wege aus der Krise – Welcher Kurs führt zum Ziel?« mit internationaler Beteiligung führender Gewerkschafter aus Griechenland, Spanien und Portugal, ein Workshop »20 Jahre Rente im Vereinten Deutschland« des »Bündnis für eine gerechte Rentenangleichung in den neuen Bundesländern« unter aktiver Teilnahme der verantwortlichen Vertreter aller fünf Bundestagsfraktionen (ausgerichtet von der Gewerkschaft ver.di) und eine Arbeitstagung des »Aktionsbündnis Köpfe gegen Kopfpauschale« beim DGB unter Teilnahme von Regierungsvertretern sowie der zuständigen Vertreter aller fünf Bundestagsfraktionen. □

»»» Fortsetzung von Seite 3

unversucht, mit einer schamlosen Hetzkampagne gegen die DDR und ihre Errungenschaften von ihren eigenen Gebrechen und Fehlern abzulenken und sich als Rechtsstaat darzustellen.

ISOR ließ sich von den Machenschaften des Systems nicht beeindrucken und legte ihren Schwerpunkt darauf, rechtserhebliche Tatsachen gegen die tragenden bisherigen Feststellungen des Bundesverfassungsgerichtes herauszuarbeiten, um eine erneute Überprüfung der Bestimmungen des AAÜG Paragraf 7 herbeizuführen. Die Mitglieder der TIG brachten in den vergangenen Jahren immer wieder zum Ausdruck, bis zur Ausschöpfung aller juristischen Möglichkeiten den Kampf um Rentengerechtigkeit fortzusetzen und nicht vorzeitig der Gegenseite das Feld zu überlassen. In Protesten und Petitionen der Mitglieder war der Wille zu erkennen, Druck auf die staatlichen Institutionen und die Politiker auszuüben. Ein Schwerpunkt der Arbeit bestand in der Gewinnung neuer Mitglieder. Im vergangenen Zeitraum konnten 19 Mitglieder neu für die Mitarbeit gewonnen werden. Ein gutes System der Betreuung der Mitglieder konnte geschaffen werden, wobei der Informationsrücklauf von den Mitgliedern über die Betreuer zum Vorstand noch verbesserungswürdig ist.

Zum Abschluss der Berichterstattung stellte der Vorsitzende fest, dass die TIG auf eine positive Bilanz zurückblicken kann, wenn auch noch nicht alle Reserven erschlossen sind.

Nach dem Rechenschaftsbericht und dem Bericht des Kassenprüfers wurde ein neuer Vorstand gewählt. Zwei neue Vorstandsmitglieder verstärkten den Vorstand, vier Vorstandsmitglieder, die schon viele Jahre im Vorstand tätig waren, wurden wiedergewählt.

Wolfgang Schiller

★

Oranienburg in Brandenburg ist oftmals durch Bombenverdachte oder umfangreiche Straßenbaumaßnahmen verkehrstechnisch schwer erreichbar – unser ISOR-Vorsitzender Horst Parton hat es zu unserer Mitgliederversammlung am 26. Juni 2010 trotzdem geschafft! Schon deshalb danke!

Im Verein unserer Gemeinschaft sind wir aus den Altkreisen Oranienburg und Gransee mit 210 ISOR-Mitgliedern eine kleine TIG, die auch in unserer Mitgliederversammlung mit nur etwa 60 Kämpfern vertreten war. Und trotzdem – für alle, die dabei waren, war das Gefühl der Zusammengehörigkeit und des vertrauensvollen Miteinanders bestimmend. Zu Beginn unserer Versammlung konnten wir drei Mitglieder ehren, die besonders aktiv zur Unterschriftensammlung unserer TIG für die Petition an den Deutschen Bundestag beigetragen haben.

Beifall fand die Information zum Freispruch von Dr. Wolfgang Schwanitz in allen Punkten im Prozess, den Hubertus Knabe gegen ihn angestrengt hatte.

Das Zusammentreffen Gleichgesinnter ist für

uns immer etwas Besonderes, unsere Mitgliederversammlung mit Horst Parton war es! Er hat uns einen sehr informativen Ein- und Überblick unseres gegenwärtigen Kampfes um Rentengerechtigkeit gegeben sowie die Aussichten, aber auch die Kompliziertheit des weiteren juristischen Vorgehens erläutert. Sein Vortrag war von Optimismus und Zuversicht getragen; er ließ aber auch keine Illusionen bezüglich der gegenwärtigen deutschen Politik entstehen. Er hat eindrucksvoll und wirkungsvoll vermittelt, dass der Erfolg unseres Kampfes vor allem durch die Solidarität und Geschlossenheit unserer Reihen zustande gekommen ist, die wir alle auch in Zukunft bewahren müssen. Wir werden als TIG Oranienburg auch künftig unseren Beitrag dafür leisten. **Jochen Materny/Brigitte Rosadzinski**

Aus der Postmappe:

Der **Freundeskreis Süd** unserer Initiativgemeinschaft traf sich im Juni 2010 zum dritten Mal zu seiner turnusmäßigen Versammlung im Land Baden-Württemberg.

Zu Gast waren unser Vorstandsvorsitzender Horst Parton und das Vorstandsmitglied Manfred Volland. Wir berieten über aktuelle Fragen und Probleme sowie über die Aktivitäten im Kampf gegen das Rentenstrafrecht. Wir erörterten den gegenwärtigen Stand unserer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht und diskutierten über aktuelle Fragen in der gegenwärtigen und zukünftigen Tätigkeit von ISOR. Auch die berechtigte Sorge unserer Mitglieder um das derzeitige politische Klima und die Entwicklung in der BRD kamen dabei nicht zu kurz. Dazu übermittelten uns unsere Freunde aus Berlin allumfassende Informationen zu Sachverhalten, aktuellen Begebenheiten und insbesondere zum Inhalt und zur Arbeit mit dem sozialwissenschaftlichen Gutachten von Prof. Dr. Weißbach (Frankfurt am Main) und Dr. sc. Miethe (Brandenburg).

Selbst Feinde unserer Forderungen werden es aus rein rechtlicher Betrachtungsweise nicht schaffen, unseren wissenschaftlichen Darle-

gungen mit juristisch-sachlichen Argumenten zu begegnen. Dennoch wäre es zu früh, optimistisch zu sein. Wir wissen zu gut, welche Politik in diesem Land betrieben wird und auf wessen Seite das Recht steht. Recht haben heißt hier noch lange nicht, auch Recht zu kriegen.

Unser Treffen fand in einer sehr solidarischen Atmosphäre sowie aufgeschlossenen Diskussion statt. Wir sind aus dieser Versammlung erneut gefestigt und entschlossen herausgegangen, unseren gerechten Kampf um die Beseitigung des Rentenstrafrechts unbeirrt fortzuführen.

Es hat sich gezeigt, dass die Entscheidung unseres Vorstandes richtig war, auf Nachfrage und Aktivitäten unserer Mitglieder in alten Bundesländern die Bildung von Freundeskreisen zu unterstützen. Unsere anwesenden Freundinnen und Freunde bestätigten einhellig, dass ISOR ein Teil unserer Heimat und unser zuverlässiger Interessenvertreter ist.

Wir übermitteln allen Mitgliedern unseres Sozialvereins solidarische Grüße!

M. Räthel, Sprecher des Freundeskreises

★

»»» Fortsetzung auf Seite 5

ISOR erreichte folgender »Aufruf zu einer Spendenaktion für die Ehrung von Ruth Werner«

»Wir – Mitglieder der Basisorganisation Feldberg der Partei DIE LINKE – wollen die Kundschafterin und Schriftstellerin Ruth Werner ehren, indem wir eine Dauerausstellung gestalten.

In dem kleinen Ort Carwitz bei Feldberg im Kreis Mecklenburg-Strelitz, wo Ruth Werner viele Sommer erlebte und an ihren Büchern schrieb, können wir einen Raum für einen unbegrenzten Zeitraum nutzen, der zu einer Begegnungsstätte mit Exponaten und Lesungen werden kann. Wir könnten hier sowohl Er-

wachsenen als auch Kindern, Einheimischen wie Urlaubern die Persönlichkeit Ruth Werner nahebringen und ihre Auffassungen verbreiten helfen. Vor allem Gedanken zum Frieden, zum Zusammenleben von Menschen verschiedener Nationalitäten, zu Toleranz, Natur und Umwelt sollten vermittelt werden.

Dazu benötigen wir außer eindrucksvollem Ausstellungsmaterial auch finanzielle Mittel – nicht nur zur Einrichtung mit Mobiliar, sondern auch für den Dauerbetrieb. Notwendiges wie Mieta und Versicherung. Wir planen die Gründung eines gemeinnützigen Vereins. Unser Spendenkonto »Ruth Werner« haben wir bei der Gemeinde Feldberger Seenlandschaft eingerichtet.

Sparkasse Mecklenburg-Strelitz,
BLZ. 15051732 Konto 37004242
Kennwort: Ruth Werner
Unsere vorläufige Kontaktadresse lautet:
Ingrid Becker, Ulmenallee 11
17258 Feldberger Seenlandschaft
Telefon: 039831 20505
<http://ruth-werner.tobejo.de>

Wir bitten dringend um Ihre Zuwendungen und danken herzlich.«

Inzwischen ist der Verein am 7. Juli, dem 10. Todestag von Ruth Werner, gegründet worden. Wir bitten unsere Mitglieder und die TIG, das Anliegen entsprechend ihren Möglichkeiten zu unterstützen.

➤➤➤ Fortsetzung von Seite 4

Es gibt keine »dummen Fragen«, sagt der Volksmund. Recht hat er. Fragen sind Ausdruck der natürlichen Neugier und des Interesses der Menschen an den Vorgängen des alltäglichen Lebens, seinen Voraussetzungen und Bedingungen, seinen Chancen und Gefahren. Doch gibt es auf Fragen auch immer kluge Antworten? Der Volksmund sagt nein. Und nochmals hat er Recht. Zu oft wird er durch Antworten aus Politik, Wirtschaft, Medien und leider auch aus der Wissenschaft enttäuscht.

Diese Volkswisheit beachtend haben Herausgeber und Autoren mehr als zweihundert »Fragen an das MfS« in einem fast vierhundertseitigen Buch des Verlages »edition ost« kompetent, klug und ehrlich beantwortet.

Mit diesem Buch hat ein »Ensemble gestandener Sicherheitsmänner« mit klaren und verständlichen Stimmen den disharmonischen Daueressingen eines »Knabenchores mit weiblichem Dirigenten« ein »Konzert« entgegengesetzt, das starken Applaus verdient. Wie könnte es aber auch anders sein, mangelt es natürlich an einer großflächigen »Medienbühne«, um es einer breiten interessierten Öffentlichkeit zu intonieren. Deshalb empfiehlt es sich zunächst, den »persönlichen Kulturfonds« ein wenig zu belasten und sich das »Konzert« in die eigenen vier Wände zu holen, um es hier der Familie, Freunden, Nachbarn, vor allem aber deren Nachwuchs zwischen vierzig und vierzehn zu präsentieren. Schließlich kommen die Fragen, auf die das »27-köpfige Autorenensemble« mit kurzen, aber »klangvollen Kompositionen« antwortet, vorwiegend von Jüngeren, Jungen und ganz Jungen.

Früher oder später werden die Geschichte objektiv betrachtende Bibliothekare, Lehrer und Erzieher, Historiker, überhaupt Menschen, die die Wahrheit lieben, nach diesem Buch greifen, um Antworten auf ihre eigenen und auch an sie gerichteten Fragen zu finden. Das »Buchkonzert« wird nachschallen.

In unserer TIG hat das Buch seit seinem Erscheinen im Februar dieses Jahres großes Interesse

ausgelöst. Viele haben in ihrem »persönlichen Kulturfonds« umdisponiert, um selbst erst einmal »in die aufschlussreichen Töne und Akkorde hinein zu hören«. Nicht wenige Exemplare sind schon als Geschenke von Mutter und Vater oder Oma und Opa in die Hände ihrer Kinder und Enkel gewandert.

Und so entstand in unserem Vorstand die Idee, mit dem »Autorenensemble«, Gedanken und Meinungen auszutauschen. Gemeinsam mit Mitgliedern der GRH Köpenick und den Vorsitzenden der GBM und des Sozialen Arbeitskreises Köpenick als Gäste, »lauschte« der erweiterte TIG-Vorstand am 16.06.2010 den Autorenstimmen Siegfried Hähnel und Winfried Sachs. Was da in unseren Ohren klang, war wohltuend und fand in der anschließenden Aussprache den gesprochenen Beifall. Wir haben mit dem Buch und durch die Erläuterungen zweier Autoren neue Argumente zum energischen Widerspruch gegen einseitige, unwahre und verfälschte Darstellung der Tätigkeit des ehemaligen MfS erhalten.

Das Buch schafft weitere Klarheit und »Selbstklarheit« über Notwendigkeit und Aufgaben eines sozialistischen »Geheimdienstes«, so sinngemäß die Meinung unserer Gäste. Dem können wir uneingeschränkt beipflichten. Gewiss, wären nicht schon zwanzig Jahre vor Erscheinen eines Buches dieser Konkretheit »ins Bundesland gegangen«, hätte so manche der über zweihundert Fragen bereits Antwort erhalten. Fragen wären jedoch nicht weniger, nur anders gestellt worden. Wahre Wahrheiten kommen nie zu spät! In diesem Sinne wünschen wir dem Buch weitere Auflagen und viele, viele Leser, vor allem in der jungen Generation.

Manfred Wild



Liebe Freunde und Freundinnen von Heideruh,
Die Sonne strahlt gerade Heideruh an! Es ist wunderschön.

Frisch bemalte Gartenzwerge, endlich Rampen zum Haupthaus und zur Kantine, die während der Bauwoche zudem noch heller geworden ist, eine gut gelaunte Küchencrew.

Was fehlt? Ihr, die Gäste, die es sich gut gehen lassen, ausruhen und entspannen wollen. Platz für schnell Entschlossene ist da.

Wir freuen uns auf Euch!

Wir freuen uns auch über Helfer und Helferinnen, die hier in der Idylle mit anpacken wollen: Die Zimmer putzen, die Gäste hin- und herfahren, das eine oder andere reparieren ... Woran hast Du Interesse? Ca. sechs Stunden Beschäftigung – 24 Stunden Idylle, Vollpension und gute Menschen um Dich herum. Das bietet Heideruh. Bitte melden.

Falls Ihr es noch nicht vorgemerkt habt: Das **Sommerfest** findet am **7. August 2010** statt. Wir freuen uns auf Euch!

Mit sommerlichen Grüßen

Bea Trampenau, Heideruh e.V.

Antifaschistische Erholungs- und Begegnungsstätte

Ahornweg 45

21244 Buchholz i.d. Nordheide

Tel.: 04181 / 8726

e-mail: info@heideruh.de

Homepage: www.heideruh.de

Auf dem Büchermarkt:

Erich Buchholz

Rechtsgewinne?

Welche Rechte gewannen die DDR - Bürger durch den Beitritt? Haben sie Rechte verloren?

(Verlag Wiljo Heinen, Berlin 210)

ISBN 978 - 3 - 939828 - 54 - 9

Preis: 12 Euro

Prof. Dr. jur. habil. Erich Buchholz legt in diesem Band erstmalig eine Darstellung der Rechtsgewinne – und der Rechtsverluste – für Bürger des »Beitrittsgebietes« vor. Dabei stehen die Rechte des »normalen Bürgers« im Mittelpunkt. Inhalt, Systematik und Darstellungsweise richten sich dem entsprechend ebenfalls knapp und prägnant vor allem an den politisch interessierten »normalen Bürger«, jedenfalls nicht nur an den Fachjuristen, und ermöglichen so eine rasche Orientierung in einer komplizierten Materie.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 30.06.2010

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 28.07.2010

Einstellung im Internet: 06.08.2010

Auslieferung: 12.08.2010

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. – Postfach 700423 – 10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: http://www.isor-sozialverein.de

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:
Jeden 1. und 3. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr